

„Ich bin Stachel im Fleisch der Grünen!“

Rolf Stolz, Gründungsmitglied der Grünen in Deutschland,
über Geschichte und Zukunft der Partei

Die Abweichung vom ursprünglichen Kurs der Grünen zu Beginn der 1980er Jahre hat er immer kritisiert. Damals hatten die Grünen die Chance, eine Partei von Herbert Gruhl bis Rudi Dutschke zu werden, also Wertkonservative und nationale Linke, Ökolibertäre und demokratische Sozialisten zu vereinen. Aus vielfältigen Gründen wurde daraus nichts. Heute dominieren bei „Bündnis 90/Die Grünen“ vor allem universalistische Linksideologen, handwerkliche Regierungsstümper und egomaniische Parteitaktiker. Hinzu kommen starke antideutsche Strömungen und eine völlig verfehltete Zuwanderungspolitik, die unser Interviewpartner als „praktizierte Ausländerfeindlichkeit“ geißelt. Die Rede ist von Rolf Stolz, geboren 1949 in Mülheim an der Ruhr, Gründungsmitglied der Grünen in der Bundesrepublik Deutschland. Er ist ihnen bis heute in „kritischer Solidarität“ verbunden. Im „Abendland“-Gespräch geht er auf grundsätzliche und aktuelle Fehlentwicklungen seiner Partei ausführlich ein, benennt realisierbare Alternativen und sieht die Zukunft der deutschen Grünen „voller Fragezeichen“.

ROLF STOLZ IM GESPRÄCH MIT BERND KALLINA

Herr Stolz, Sie gehören zu den Gründungsmitgliedern der Grünen in Deutschland und sind – nach wie vor – Mitglied, wenn auch in „kritischer Solidarität“. Sie haben sich einmal als „dissidentischen Linken“ beschrieben und verfolgen die Entwicklung ihrer Partei seit Jahren mit Unbehagen. Wenn Sie zurückblicken: Welche negativen Strömungen haben sich durchgesetzt?

Von Anfang an waren die Grünen getroffen einerseits von Schicksalsschlägen, wie dem tragischen Tod Rudi Dutschkes am 24. Dezember 1979, und andererseits vom Rückzug wichtiger Protagonisten. Herbert Gruhl ging aus Enttäuschung, August Haußleiter trat nach einer infa-

me Neo-FDP umwandeln wollten, gelang es so, sowohl die konservativ-ökologische als auch die neutralistische und die pazifistische Strömung entscheidend zu schwächen. Das setzte sich fort, als es nach Fischers Wiesbadener Regierungseingagement im Jahr 1985 gelang, 1989 die fundamentalistische Linke auszuschalten, die trotz mancher Fragwürdigkeiten immerhin für Friedenspolitik, den NATO-Austritt und den Abzug aller fremden Truppen eintrat. Damit setzte sich eine Richtung durch, die als linksliberale Stahlhelmer vom Jugoslawienkrieg bis zum Befeuern des Ukrainekriegs in diametralem Gegensatz zu den Grund- und Gründungswerten der Partei handelt.

Kritiker sprechen aktuell von einem „Deutschland im Herbst grüner Illusionen“: Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimafonds fehlen 60 Milliarden Euro im Haushalt der Bundesrepublik. Doch genau mit dieser verfassungswidrigen Schuldenmacherei wollte Berlin die Energiewende subventionieren. Was heißt das für ein Kernanliegen der grünen Partei?

Die Energiepolitik muß finanzierbar und für die Abnehmer bezahlbar bleiben und in überschaubaren Schritten verwirklicht werden. Die Luftschlösser sollten keine Baugenehmigung erhalten, und der Große Sprung ins Dunkel oder in den Abgrund sollte unterbleiben. Um die nötigen Veränderungen zu finanzieren, müssen die Gewinne der Energieunternehmen durch Besteuerung auf ein auskömmliches Maß reduziert werden. Der habecksche Heizungsdruckhammer mit dem Quasimonopol für die Wärmepumpe muß weg: In marktwirtschaftlicher Konkurrenz müssen sich die Heizungssysteme bewähren, sich gegeneinander behaupten und verbilligen. Ohnehin ist es absurd, einerseits die nur unter bestimmten Dämmungsbedingungen sinnvolle Wärmepumpe zu propagieren

und sie andererseits durch exorbitante Strompreise ausgesprochen unattraktiv zu machen.

Ohne Speicher und Kraftwerke für den Grundbedarf kann die Energiewende nicht gelingen. Daher dampfen die Kohlekraftwerke und verschärfen mit ihrem CO₂-Ausstoß den Klimawandel, den die Grünen angeblich bremsen wollen. Aus der Schweiz wird seitens der „NZZ“ daher der Vorwurf laut, daß die Grünen „Heuchler und Pharisäer“ seien, „solange sie nicht als Denkmöglichkeit den Bau von Atomkraftwerken akzeptieren oder einen anderen Ausweg aus dem Dilemma skizzieren“. Stimmen Sie der Kritik zu?

Natürlich sind Atomkraftwerke keine Milchfabriken. Wer ihren problematischen langfristigen Nebenwirkungen entgehen will, muß Alternativen schaffen. Das erfordert eine ausreichende Zahl von Gaskraftwerken und eine gesicherte Gasversorgung. Neben Erdgas müssen alle weiteren Energieelemente ausgebaut werden, inklusive großer Pumpspeicherwerke, Biomasseverwertung usw. Schon der Boykott des russischen Gases war wirtschaftlich idiotisch und politisch ein Schlag gegen eine europäische Friedenspolitik. Österreich und Ungarn sind in dieser Frage klüger als die deutsche Regierung. Erst recht war die fröhliche Hinnahme der Nord-Stream-Attacken eine Art von Selbstverstümmelung. Es gab ja immer den Verdacht, daß Joschka Fischer wegen seiner „Putztruppe“-Gewalttaten erpreßbar war (auch für die amerikanischen Dienste) – nun fragt man sich, ob Kanzler Scholz wegen seiner unvergeßlichen Verdienste um die Cum-ex-und-hopp-Millionen so problemlos als schweigender Befehlsempfänger nach Washington herbeizupfeifen war, statt daß er mit guten Gründen eine demenzbedingte Frührente beantragte. Leider dominiert gegenwärtig rundum eine Mentalität der Kriecherei und Überangepaftheit, die auch



Rolf Stolz

men Kampagne von „Spiegel“ & Co. zurück, Petra Kelly wurde ins Abseits gedrängt. Denen, die die junge Partei entweder vernichten oder in eine handzah-

und besonders unter Grünen zu finden ist. Was aber erforderlich ist, ist, hart und deutlich klarzumachen, daß man privatem Egoismus und Empfindsamkeiten nicht nachgeben darf. Nicht jede Straße und jede Mülldeponie in beliebiger Größe ist notwendig, und doch wird bei beiden ein genereller Verzicht ebenso unmöglich sein wie bei Stauseen, Stromleitungen und Industrieanlagen, falls man nicht zurück in die Steinzeit will. Das erfordert auch, die notorischen Verhinderer auszubremsen.

Beim grün vorangetriebenen Heizungsgesetz, Sie sprachen vom „habeckschen Heizungsdampfhämmer“, kam es im vergangenen Jahr zu bösen Überraschungen. Wirtschaftsminister Robert Habeck präsentierte kein praxistaugliches und sozialverträgliches Konzept, sondern eine ideologisch geprägte Haurucklösung, die keine war. Haben führende Grüne ein Problem mit dem Handwerk politischer Führung?

Ein Handwerker macht seine Arbeit, wie er sie gelernt hat. Sein Werkzeug ist ihm wichtiger als der ideologische Überbau und Karriereüberlegungen. Leider sind etliche Grüne vor allem Ideologen und Parteitaktiker, die selbst dann, wenn sie es besser wissen, es sich lieber nicht mit dem Parteiklüngel und bestimmten Medien verderben, oft genug aber auch zum Opfer ihrer Defizite werden. Bildungsferne Politikaster in der deutschen Regierung und ihrem Umfeld, über deren Unprofessionalität selbst ein Wladimir Putin nicht ohne Grund spottet, unterminieren Glaubwürdigkeit und Autorität des durch sie vertretenen Staats.

Blick auf den letzten Grünen-Parteitag vom November 2023: Nur mit Mühe und dem dramatisch vorgetragenen Hinweis auf ihre sonst gefährdete Regierungsbeteiligung in der Berliner Ampelkoalition konnten prominente Grüne den aktuellen Asylkurs noch retten. Dieser sieht aber nur minimale Einwanderungsbeschränkungen vor, die die eigentliche Zuwanderungsproblematik im Kern gar nicht lösungsorientiert berühren. Grüne Asylpolitik, fest gemauert zur ewigen Unbeweglichkeit in der Substanz?

Eine wirkliche Wende ist ausgeblieben. Hätte die Grüne Jugend gesiegt, wäre nur die Dosis erhöht worden – die Misere also noch etwas verschlimmert worden. Was erforderlich ist, ist ein grundsätzlicher Wechsel der Wegzeichen: Daß nur noch die kommen und bleiben, die an Leib und Leben durch Verfolgung bedroht sind, plus zusätzlich eine überschaubare Anzahl sorgfältig ausgewählter Fachkräfte, die ausreichende Deutschkenntnisse und eine eindeutige Integrationsbereitschaft mitbringen.

Die grüne Zuwanderungspolitik ist praktizierte Ausländerfeindlichkeit. Es muß doch eigentlich darum gehen, die Menschen aller Länder als Teil der in Nationen und Völkern organisierten Menschheit zu akzeptieren und wertzuschätzen, um ihnen nach unseren begrenzten Möglichkeiten zu helfen, in ihrer Heimat möglichst frei und würdig zu leben. Von daher ist es ein Verbrechen, durch Propaganda, materielle Anreize und die lukrative Seenotspeidition Vorschub zu leisten für Vertreibung, eine oft genug lebensgefährliche Flucht und das quälende Ankommen als ungebeter Gast und unerwünschter Fremder in einer kulturell fremden Umgebung. Eine alternative Politik dürfte Asylbewerber nur dann ins Land lassen, wenn sie in ihrem Heimatland oder in einem Nachbarland einen Asylantrag gestellt haben, diesem von Deutschland stattgegeben wurde und sie im Regelfall bald für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen. Von daher sollten sie bei Antragstellung zumindest mit dem Erlernen der deutschen Sprache begonnen haben. Rechtskonformes Verhalten sollte Bedingung für einen weiteren Aufenthalt sein. Für eine Rückführung aller Abschiebepflichtigen in Einrichtungen unter UNHCR-Verantwortung sollten geeignete Drittländer gefunden werden. Statt Selbstbeweihräucherung durch Willkommensgeschwätz, statt Hofieren von Diktatoren wäre es die Aufgabe der Grünen, beispielsweise den Vertriebenen aus Bergkarabach, den unterdrückten Kurden, den terrorisierten Christen im Iran, in Nigeria und Indien zu Hilfe zu kommen.

Inzwischen klagen sogar grüne Kommunalpolitiker über längst erreichte Aufnahmegrenzen von Migranten, und auf Deutschlands Straßen demonstrieren massenhaft eingewanderte Muslime mit „Juden ins Gas“ und ähnlichen Haßparolen. Zusätzlich tauchen in Berlin anprangernde Davidsterne an Haustüren jüdischer Bewohner auf, die offensichtlich nicht von Rechtsextremisten stammen. Das führt aber weder zur Einsicht noch zur Abkehr von einer illusionären Multikultipräferenz der Grünen. Was muß sich jetzt ändern?

Entweder die Grünen ändern sich, oder sie riskieren, den Nachkriegsweg der Zentrumspartei ab in die Bedeutungslosigkeit zu gehen und demnächst Wahlergebnisse wie die Tierschutzpartei zu erhalten. Eine deutsche Partei, für die nicht die Interessen des deutschen Volks an erster Stelle und im Mittelpunkt stehen, sollte sich entweder ein anderes Volk oder einen anderen Wirkungskreis wählen. Im übrigen sind Grüne, wenn sie nicht die Islamisten und Antisemiten

konsequent bekämpfen, überflüssig wie ein Kropf.

Unerhört und folgenlos blieb auch der verbale Frontalangriff des Modezars Karl Lagerfeld 2017, als er im französischen Fernsehen in Richtung Angela Merkel schwerwiegend ausholte: „Wir können doch nicht Millionen Juden töten und Millionen ihrer schlimmsten Feinde ins Land holen!“ Starker Tobak – oder?

Eine starke Aussage eines Menschen, der nicht allein die Mode geprägt hat, sondern auch als Photograph ein bedeutender Künstler und wichtiger Anreger war. Seine Bewertung der AfD als Nazis war Unsinn, seine Einschätzungen zu Merkel und ihren Rechtsbrüchen dafür zu hundert Prozent richtig.

Spätestens seit dem Terrorangriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung am 7. Oktober mit mehr als 1000 Toten und Hunderten von Entführten tritt das Antisemitismusproblem der Linken offener zutage. Aus welchen Quellen speist es sich? Etwa aus der sozialistischen Kapitalismuskritik, die sich in Schlagworten wie „jüdisches Kapital“, „jüdische Kapitalisten“ oder vom „Börsenjuden“ äußert?

Wie alle Ideologien hat auch der Antisemitismus auf der Linken mehrere Quellen. Die Feststellung, daß es jüdische Kapitalisten gibt, und die Kritik an ihnen ist so wenig antisemitisch wie die Feststellung, daß es auch unter Juden Verbrecher gibt. Politisch kriminell wird es da, wo tatsächliche oder vermeintliche Mißstände dazu benutzt werden, um wie im Nationalsozialismus die Entrechtung und Vernichtung der Juden oder wie im Stalinismus die Liquidation der Kapitalisten und Kulaken zu propagieren.

Schon frühzeitig haben Sie in Kooperation u. a. mit Professor Arnulf Baring und Ralph Giordano durch Bücher und Aufrufe vor den Gefahren der inzwischen ganz offenkundigen Islamisierung Deutschlands und Europas gewarnt. Anfang der 2000er Jahre wandte sich Giordano vehement gegen den fortschreitenden Bau von Großmoscheen in unseren Städten und rief öffentlich zum Widerstand dagegen auf. Er warf 2008 in der „Welt“ unserer politischen Klasse „erschreckende Blindheit und Opportunismus“ vor. Alles vergeblich?

Vergeblich war nichts davon, aber auch dieser Kampf verlangt einen langen Atem. Es gab eine Zeit am Anfang der 1990er Jahre, als eindeutige Islamkritik in den Medien noch zugelassen wurde. Danach setzte im großen Stil eine islamistisch-legalistische Unterwanderung in Staat und Gesellschaft ein. Wie bei den Nazis vor 1933 wurde der Terror nicht eingestellt, aber man operierte nun zwei-

gleisig, zog wie Hitler damals sozusagen den Frack an und spielte – vor allem unter Mithilfe der Kirchen – den aufgeklärten, toleranten und diskussionsbereiten Mitbürger. Mit verschiedensten Mitteln sorgten die etablierten Medien dafür, daß kritische Stimmen als angeblich „islamophob“ unterdrückt wurden. Das traf damals auch Ralph Giordano. Solange er für Multikultikampagnen mißbraucht werden konnte, war er ein umschwärmter Star. Als er sich gegen den Ansturm der Islam-Fanatiker stellte, wurde er an- und abgeschossen. Für mich war es ebenso selbstverständlich wie für Alice Schwarzer und die Armeniervereinigung, an seiner Beerdigung teilzunehmen. Die links-grün-liberale Kamarilla Kölns erschien dort ebensowenig wie die Manager des Verlags Kiepenheuer & Witsch, den Giordano mit seinen Büchern reichgemacht hatte. Es bleibt eine Aufgabe für die Zukunft, einzelne politisch Blinde zu heilen, die Opportunisten umzupolen und den giftgrünen Geßlerhut von der Stange zu holen.

Bei aller Grünen-Kritik fällt meist ein gravierender Punkt unter den Tisch: die Deutschfeindlichkeit vieler Grüner, eine Art „Rassismus nach innen“ oder auch „Haß auf das Eigene“. Sie spitzten das Thema einmal so zu, daß Sie von Ihrer Partei als „einer volksfeindlichen Anti-Deutschlandpartei“ sprachen. Halten Sie diesen Vorwurf aufrecht?

Daran hat sich nichts geändert, auch wenn Claudia Roth vorsichtiger formuliert oder Robert Habeck Patriotismus umdeuten will zum Verfassungspatriotismus in einem Land, das immer noch keine vom Volk diskutierte und beschlossene Verfassung hat, sondern nur ein Grundgesetz als verewigtes Provisorium.

Dieses antinationale Element bei den 68er-geprägten Grünen zeigte sich insbesondere im Zusammenhang mit dem Berliner Mauerfall am 9. November 1989 und in den Monaten danach, als sich zur Freude der meisten Deutschen in Ost und West die Möglichkeit einer Wiedervereinigung abzeichnete. Anfang 1990 demonstrierten führende Grüne in Frankfurt/Main, allen voran Claudia Roth, nicht etwa im Sinne von „Deutschland einig Vaterland“ gegen die SED-Diktatur mit gesamtdeutscher Veränderungsperspektive, sondern mit der verstörenden Parole „Nie wieder Deutschland!“. Inwiefern war diese Bewußtseinslage der damaligen Grünen typisch?

Diese oft unbewußte geistige Verirrung war über längere Zeit entstanden. Es kam vieles zusammen: die amerikanische Umerziehung (*Re-education*), die rhetorische Flucht aus Verstrickungen

ins NS-System, die dumpfe Abwehr gegen die Vertriebenen und später die Flüchtlinge aus SBZ/DDR bei vielen westdeutschen Pfahlbürgern (Stichwort „Kalte Heimat“), die Erzeugung einer antinationalen Europabegeisterung, in den 1950er Jahren die Niederlage der damals national und gesamtdeutsch argumentierenden KPD und der Neutralisten, spießige Arroganz und Separatismus bei Westlern, die Selbsterstörung der Vertriebenenorganisationen und der konservativen Kräfte, die strohdumme Gleichsetzung der Nation mit dem im Grunde antinationalen, eine rassistische

hin erhielt ich 1984 das Mandat der Grünen, in Tutzing im Politischen Club der Akademie (also dort, wo Egon Bahr 1963 die Neue Ostpolitik verfochten hatte) mit Manfred Stolpe, Günter Gaus und Peter Bender zu debattieren und meine Konzeption eines besonderen Wegs zur Konföderation und zur Einheit Deutschlands darzulegen. Aber bis 1985 setzten sich in der grünen Deutschlandpolitik die Betonköpfe und *Status-quo*-Verewiger unter der Ägide von Henning Schierholz, Schneiders Nachfolger und Double, durch. 1986 wurde auf der Bundesversammlung in Hannover unser Antrag,



Bild: Screenshot: YouTube / Claudia Roth Supporter

Die antideutsche Ausrichtung der linksgrünen Fraktion zeigte sich vor allem nach dem Mauerfall in Berlin. Anstatt die Parole „Wir sind das/ein Volk“ der mitteleuropäischen Bevölkerung während der Friedlichen Revolution offensiv zu übernehmen, demonstrierte die heutige Bundesbeauftragte für Kultur und Medien Claudia Roth mit linken Deutschlandfeinden 1990 gegen die Wiedervereinigung ihres Landes. Heute wundert sich Frau Roth, daß sie von vielen Deutschen abgelehnt wird, für die die Präambel des Grundgesetzes eine staatspolitische Herzensangelegenheit war, nämlich: „[...] die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“!

Weltherrschaft anstrebenden Nazismus. All das war zwar bei etlichen Grünen von Anfang an vorhanden, hatte aber anfangs keinen entscheidenden Einfluß, weil es Gegenkräfte gab: Diejenigen, die mit August Haußleiter aus der neutralistisch-patriotischen AUD zu den Grünen gekommen waren, und andererseits Ehemalige aus der ML-Bewegung, die in den siebziger Jahren alles andere als antinational war. Die Grundhaltung eines großen Teils der damaligen Grünen wird auch daran deutlich, daß mir 1983 vom Bundesvorstand und Landesverbänden übertragen wurde, die Kölner Konferenz „Grün-Alternative Bewegung und Deutsche Frage“ zu organisieren. Die Stasi war auf ihr durch Dirk Schneider MdB (AL Berlin, Ostagent seit 1975, 1990 zur PDS gewechselt, 1991 als „IM Ludwig“ enttarnt) vertreten, von 1983 bis 1985 – u. a. von Antje Vollmer gefördert – deutschlandpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion und ihr Vertreter im Innerdeutschen Ausschuß. Immer-

die Forderung nach einem Friedensvertrag für Deutschland zu vertreten, abgelehnt. Kennzeichnend für die Bandbreite der Grünen zur Deutschen Frage: 1990 sagte Rainer Trampert, ehemaliger Sprecher der Partei, zu mir: „Rolf, du hast recht gehabt“, während Jürgen Reents, nach Parteiaustritt 1991 zur PDS gewechselt und 1999 bis 2012 Chefredakteur des „Neuen Deutschlands“, zum Titel meines Buchs „Ein anderes Deutschland“ schon 1985 giftete: „Das ist nicht mein Deutschland“.

Zum früheren Pazifismus, zum heutigen Belizismus der Grünen: Schon beim Jugoslawienkrieg schwenkten die einst betont rüstungsfeindlichen Grünen – Parole: „Frieden schaffen ohne Waffen“ – im US-geführten NATO-Sinne um. Jetzt, im Ukrainekrieg, profilieren sich grüne Spitzenpolitiker in gesteigerter Waffenfreudigkeit. Ungediente „Lautsprecher“, wie z. B. Anton Hofreiter, mischen sich wie ausgewiesene Militärexperten oder verhinderte Panzergeneräle in die

aktuelle Kriegsdebatte ein. Das verstört viele, vor allem der nationalistische Unterton, der den Ukrainern patriotische Gefühle und wehrbereite Vaterlandsliebe zugesteht, die dem eigenen Land aber verweigert werden und sofort mit dem Vorwurf des „Rechtsextrémismus“ quitiert würden. Ein seltsamer Widerspruch?

Es ist absurd, wenn nicht allen Nationen und ihren Völkern das gleiche Recht auf die Liebe zu ihrem Vaterland und ihrer Heimat und das gleiche Recht auf Selbstverteidigung zugestanden wird.

In der von Außenministerin Annalena Baerbock betriebenen Außenpolitik irritiert viele ein zur Schau gestellter Moralimperialismus, insbesondere der Terminus „feministische Außenpolitik“, der weltweit von Profikakteuren im Auswärtigen Dienst nicht ernst genommen wird. Können Sie mit „feministischer Außenpolitik“ etwas anfangen?

Der Begriff gehört in Werbebroschüren, nicht in die Diplomatie und die Außenpolitik. Zumal er, wenn er ernst gemeint wäre, auch für die Innenpolitik gelten müßte – etwa mit Kopftuchverboten in den Schulen und Universitäten. Wo gibt es eine offensive Politik aus dem Hause Baerbock gegen die offene Frauenfeindlichkeit in islamistischen Ländern wie dem Iran oder Saudi-Arabien?

Viele ursprüngliche Anhänger der Grünen teilen ihre im Kern konservative Politik eines sorgsamsten Umgangs mit unserer Natur, mit der Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Lands. Weniger jedoch die dabei häufig zutage tretende oberlehrerhafte Attitüde,

mit der die Bevölkerung gleichsam wie in einer Erziehungsanstalt zurechtgewiesen wird, welches Auto sie fahren soll, welche Heizung zu installieren sei und wie sie „genderkorrekt“ zu sprechen habe. Das dürfte zum aktuellen Niedergang der Grünen beitragen, oder?

In der Tat sind die oberlehrerhaften Volksbelehrer und Volksverpetzer alles andere als glaubwürdig und überzeugend. Wer gendert, zeigt ein erbärmlich feiges Nachbeten einer von Meinungsmachern verordneten Modetierheit. Ohnehin begeistern sich nur die dümmsten Kälber für den Knüppel, mit dem sie als Herde vorwärtsgetrieben werden sollen.

Herr Stolz, warum sind Sie noch Mitglied der Grünen?

Erstens aus einer inneren Verbundenheit zu denen, die für eine andere und bessere grüne Partei standen, wie Rudi Dutschke, Herbert Gruhl, August Haußleiter, Petra Kelly. Zweitens für jene kleine Minderheit grüner Mitglieder, die denken wie ich, aber sich damit nicht herausrauen. Drittens als Stachel im Fleisch und in Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Viertens, um einigen Obermohren weiter als Kritiker und Mahner im Weg und lästig zu sein. Fünftens, weil ich gegenwärtig keine Partei sehe, die mich als Alternative wirklich überzeugt.

„Stachel im Fleisch“, Herr Stolz, so sehen Sie sich in Ihrer Partei. Wie lebt es sich so „zwischen den Fronten“?

Man lebt so und bemüht sich. Andererseits hat man keine Angst vor dem

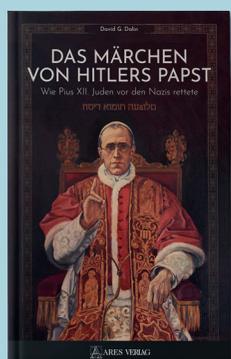
Gebrüll der Papiertiger. 1994 verkündete Radio Köln nach einem Interview mit mir zu meinem gerade erschienenen Buch „Die Mullahs am Rhein“: „Die Kölner Grünen sind entsetzt und denken über einen Ausschluß nach.“ Nun, anscheinend denken sie immer noch ... Katharina Dröge, inzwischen Mitregentin der grünen Bundestagsfraktion, drohte mir vor Jahren per „taz“ mit Ausschluß, ohne aber einen Antrag zu wagen. Gleichzeitig verweigerte sie jede Diskussion mit mir, ließ stattdessen eine „taz“-Journalistin mich fragen, ob ich nicht mit einem Rechtsanwalt der Grünen sprechen wolle ... Nach 43 Jahren unangefochtener Mitgliedschaft (kein Ausschlußantrag, kein Schreiben, kein Anruf mit Ausschlußandrohung) sieht man die Machenschaften der Gschafflhuber recht ruhig. Großartig der Heldenmut der Grünen in meiner Geburtsstadt Mülheim: Sie erfuhren 2019, daß ich dort in der Stadtbücherei aus meinen literarischen Werken lesen wollte, und boten prompt deren Leiterin an, für sie den Absagebrief an diesen gefährlichen Ultrarechten zu schreiben. Ohne Erfolg – die Lesung fand unangefochten statt. Die heroischen Antifanten zogen es vor, durch Abwesenheit zu glänzen und so der ideologischen Infektionsgefahr zu entgehen.

Eine Schlußfrage: Wie sehen Sie die Zukunft der Grünen?

Voller Fragezeichen.

Herr Stolz, vielen Dank für dieses Gespräch!

NEU BEI ARES



196 Seiten,
15 x 23 cm,
Hardcover
€ 29,90

ISBN 978-3-99081-117-7



208 Seiten,
15 x 23 cm,
Hardcover
€ 30,00

ISBN 978-3-99081-119-1



312 Seiten,
15 x 23 cm,
Hardcover
€ 26,90

ISBN 978-3-99081-118-4

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand über den

ARES VERLAG

www.ares-verlag.com

Hofgasse 5, Postfach 438, 8011 Graz | Tel. +43 (0)316 / 82 16 36 | E-Mail: office@ares-verlag.com